

**Statement
von Professor Dr. Marcus Scholz
als Vertreter der Freien Berufe
auf dem Jahresempfang der Wirtschaft
am 6. Februar 2012 in Mainz**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

sehr geehrte Damen und Herren Minister,

sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete von EU-Parlament, Bundestag und Landtag

in den nächsten 15 Minuten werde ich – zum einen als Landespräsident der Wirtschaftsprüferkammer und zum anderen stellvertretend für alle Freiberufler in Rheinland-Pfalz – auf fünf Themenbereiche eingehen, die unseren Berufsangehörigen wichtig sind.

| | |
|--|---|
| 1. Freie Berufe in Rheinland-Pfalz..... | 2 |
| 2. Verantwortung der Freien Berufe | 2 |
| 3. Aktuelles aus den Kammern..... | 4 |
| 4. Angriff auf das Kammerwesen..... | 6 |
| 5. Fair geht vor..... | 8 |

1. Freie Berufe in Rheinland-Pfalz

Die Freien Berufe bilden eine wichtige Säule der mittelständischen Wirtschaft unseres Landes. Diese Säule wird immer bedeutsamer. Im Jahre 1994 zählte das Institut für Mittelstandsforschung in Bonn noch 553.000 Selbständige in Freien Berufen, inzwischen sind wir mehr als 1,2 Millionen. Davon arbeiten in Rheinland-Pfalz mehr als 50.000, die mehr als 130.000 versicherungspflichtigen Menschen einen Arbeitsplatz geben.

5.800 Auszubildende werden von Angehörigen Freier Berufe in Rheinland-Pfalz derzeit ausgebildet, davon sind – diese Zahl wird Sie überraschen – 95 % weiblich.

2. Verantwortung der Freien Berufe

Die wichtige Rolle der Freien Berufe für Wirtschaft und Arbeitsmarkt wird in der Politik nicht immer angemessen gewürdigt. Es gibt sogar Finanzbeamte und Minister, die uns Steuerberater und Wirtschaftsprüfer am liebsten als Hilfssheriffs des Finanzamts sehen würden. Meine Damen und Herren, das sind wir natürlich nicht. Ganz im Gegenteil: wir helfen unseren Mandanten bei der Durchsetzung ihrer Rechte in ihrem täglichen Kampf gegen Bürokratie und staatliche Drangsalierung.

Nun ist es ja nicht so, dass wir die Abschaffung aller Steuern fordern. Wir sehen sehr wohl ein, dass die Leistungsträger in unserer Gesellschaft einen angemessenen Beitrag zu der öffentlichen Stabilität leisten müssen. Dabei ist aber zu unterscheiden zwischen dem, was erforderlich ist, und dem, was gefordert wird. Wir sorgen dafür, dass jeder nur das an

den Staat bezahlt, was tatsächlich gefordert wird. Und wir wünschen uns, Herr Steinbrück, dass wir eines Tages nur noch das bezahlen müssen, was tatsächlich erforderlich ist.

Politik machen durch Steuererhöhungen – das ist uns zu simpel. Unternehmer, Selbständige, Freiberufler in Rheinland-Pfalz – wir können es uns leisten, heute Nachmittag hier in Mainz zu sein – und nicht in unseren Unternehmen – weil wir unsere Läden im Griff haben. Und was muss man nicht alles tun, um seinen Laden im Griff zu haben: wir konzentrieren uns auf das Wesentliche, wir stärken unser Kerngeschäft, wir motivieren unsere Mitarbeiter, wir müssen ständig die Kosten kontrollieren, damit kein Geld für unnötigen Schnick-Schnack ausgegeben wird. Das wünschen wir uns auch von der Politik.

Herr Steinbrück, Sie werden vielleicht gleich die Pläne Ihrer Partei verteidigen, die Steuern zu erhöhen. Bedenken Sie dabei und vor allem dann, wenn Sie wieder politische Verantwortung übernehmen, aber das Petitum des gesamten deutschen Mittelstandes: konzentrieren Sie sich auf das Wesentliche und auf das politische Kerngeschäft, motivieren Sie uns, weiterhin unsere Steuern zu zahlen (ein Dank wäre übrigens durchaus einmal angebracht, den habe ich noch auf keinem Steuerbescheid gesehen), halten Sie die Kosten unter Kontrolle, streichen Sie die Staatsausgaben für unnötigen Schnick-Schnack. Vorher wollen wir nichts hören von wegen Steuererhöhungen.

3. Aktuelles aus den Kammern

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich kurz auf einige speziellere Themen eingehen, die die Freiberufler in Mainz, im Bundesland Rheinland-Pfalz und in Deutschland derzeit bewegen.

Der Wunsch der **Ärzte**, in der Gesundheitspolitik endlich auf verlässliche Arbeitsbedingungen und Infrastrukturen bauen zu können, die auch eine faire Vergütung zulassen, ist Ihnen bekannt. Dies ist wichtig, damit auch der ärztliche Nachwuchs wieder Freude am Arztberuf hat. Dazu gehört auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die **Zahnärzte** befürchten, dass der derzeit hohe Qualitätsstandard in ihren Praxen aufgrund der völlig unzureichenden Novellierung ihrer Gebührenordnung nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Das geplante Patientenrechtegesetz führt zu mehr Bürokratie. Bürokratie kann das Vertrauen des Patienten in seinen Arzt jedoch nicht ersetzen.

Die **Architekten** mahnen, dass der vielbeklagte Fachkräftemangel in Deutschland nicht alleine quantitativ beurteilt werden darf. Wichtiger als die bloße Anzahl ist die hervorragende Ausbildung der Fachkräfte. Die Möglichkeit, eine Hochschulausbildung durch Berufserfahrung zu ersetzen – wie es das in der Diskussion stehende Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz vorsieht – lehnen die Architekten daher zu Recht ab.

Die profunde und umfassende Ausbildung deutscher Diplom-Ingenieure ist die Basis für die weltweit hohe Anerkennung der Architekten.

Von Seiten der **Apotheker** wird die von der Bundesregierung geplante Einteilung der Apotheken in zwei Klassen entschieden abgelehnt. Apotheken, die in Filialverbänden zusammengeschlossen sind, sollen z.B. den Notdienst auf einen beliebig ausgewählten Betriebsteil ausdünnen

dürfen. Einzelapotheken sollen hingegen weiterhin das gesamte Spektrum der Vollversorgung vorhalten. Mit einer solchen Privilegierung von Filialkonsortien würde die gewünschte flächendeckende Arzneimittelversorgung gerade auf dem Lande reduziert.

Die **Steuerberater** unter uns müssten sich demgegenüber eigentlich zufrieden zurücklehnen können. In 2011/2012 gab es erstmals etwas, das seit Jahr und Tag Gegenstand der Forderungen von uns Steuerberatern gerade auch an dieser Stelle war: ein steuerliches Sabbatjahr ohne große Steuerreform und kein unmittelbar vor Silvester mit heißer Nadel gestricktes Steuerrechtsänderungsgesetz.

Ich will nun nicht nochmals das Fiasko des noch von der rot-grünen Bundesregierung geplanten elektronischen Entgeltnachweises ELENA breittreten, aber doch mahnen, dass die Pilotierungsphase für das neue Projekt E-Bilanz sorgfältiger durchgeführt wird.

Ein ständiges Ärgernis für Bürger und Steuerberater sind die **Nichtanwendungserlasse** des Bundesfinanzministeriums. Sie haben zur Folge, dass klare, in der Regel zugunsten des Bürgers bzw. der Bürgerin ergangene Urteile des Bundesfinanzhofs von Amts wegen ignoriert werden müssen. Vor diesem Hintergrund zu erklären, der Bundesfinanzhof habe zwar eine klare Rechtsmeinung zu einem bestimmten Sachverhalt, diese habe aber die Finanzverwaltung nicht zu interessieren, ist eines Rechtsstaates nicht würdig.

Die Steuerberater sprechen sich im Namen ihrer Mandanten nachdrücklich gegen die Praxis der Nichtanwendungserlasse aus.

4. Angriff auf das Kammerwesen

Meine sehr verehrten Damen und Herren, freie Berufe werden oft auch als reglementierte Berufe bezeichnet. Das erscheint paradox. Wie kann einer **frei** und zugleich **reglementiert** sein? Bei näherer Betrachtung sind beide Bezeichnungen gerechtfertigt. Sie kennzeichnen ein bislang ausgewogenes Verhältnis zwischen Selbstverwaltung und staatlicher Einflussnahme. Die staatliche Einflussnahme vollzieht sich über Gesetze, in denen die Rahmenbedingungen für die Berufsausübung festgelegt werden.

Die Konkretisierung dieser Regeln wie auch die Überwachung ihrer Einhaltung erfolgt dann in Selbstverwaltung, also durch die von den Berufsangehörigen gewählten Vertreter in ihren berufsständischen Kammern. Die Rechtsaufsicht darüber hat das jeweils zuständige Ministerium.

Somit entlasten die Kammern den Staat. Sie nehmen hoheitliche Aufgaben wahr, denken Sie z.B. an die Organisation von Berufsexamina und Fachprüfungen. Die Kammern können diese Aufgaben kostengünstiger und effizienter erledigen als jede staatliche Aufsichtsbehörde. Denn die Berufsangehörigen sind durch ihre Ausbildung und ihre praktische Erfahrung besser geeignet für diese Aufgaben als Staatsbedienstete. Außerdem arbeiten sie in der Regel ehrenamtlich.

Vor diesem Hintergrund erscheint es als geradezu absurd, dass die EU-Kommission mit einem Richtlinienvorschlag vom November 2011 ohne Not einen schwerwiegenden Eingriff in das Kammersystem plant: Eine Übertragung von Berufsaufsicht und Qualitätssicherung auf eine vom Berufsstand völlig losgelöste neue staatliche Behörde. Zunächst will die EU-Kommission diese Verstaatlichung der berufsständischen Eigenverantwortung für den freien Beruf der Wirtschaftsprüfer einführen. Auf Sicht

können dadurch alle freien Berufe in ihrer eigenverantwortlichen Selbstverwaltung gefährdet sein. Die Pläne der EU-Kommission führen zu mehr Bürokratie und zu höheren finanziellen Belastungen des Staates. Darüber hinaus würde der Sachverstand der Berufspraktiker aus der Berufsaufsicht verbannt. Staatliche Behörden müssten dieses Know-how erst mühsam aufbauen.

Meine Damen und Herren, das ist genau das Gegenteil von Deregulierung! Wir fordern die EU-Kommission dazu auf, keine neuen Behörden zu errichten. Stattdessen sollte die Selbstverwaltung der freien Berufe gefördert werden. Unsere Kammern können die übernommenen hoheitlichen Aufgaben effizient und kostengünstig erfüllen. Die Schaffung neuer staatlicher Bürokratien kann das nicht. Unser Vorschlag ist, die Glaubwürdigkeit durch mehr Transparenz sicherzustellen. Die Freien Berufe setzen sich nachdrücklich für den Erhalt des bewährten Kammersystems ein und bauen dazu auf die Unterstützung durch EU-Parlament, Bundesregierung und Landesregierungen.

Ein Pfeiler für den Erfolg von uns Freiberuflern ist, dass wir nicht ständig nach dem Staat rufen, sondern dass wir selbst aktiv sind. Dafür organisieren wir uns in unseren berufsständischen Kammern. Unser gemeinsames Motto in der Vergangenheit, heute und in Zukunft lautet: „Weniger Staat, mehr Selbstverantwortung“.

Meine Damen und Herren, es lohnt sich, für den Erhalt des Freien Berufes und seine Selbstverwaltung zu kämpfen. Der Freie Berufe ist eine Symbiose aus Freiheit und Verantwortung. Wir sollten diese Freiheit schützen und bewahren.

5. Fair geht vor

Herr Steinbrück! Es liegt mir völlig fern, einen erfahrenen Ministerpräsidenten, Bundesminister und Volksvertreter belehren zu wollen. Schon gar nicht in Anbetracht der Tatsache, dass Sie nach mir reden und für Ihren Konter viel mehr Redezeit haben als ich. Eine wichtige Anregung zur Verbesserung des politischen Klimas will ich mir aber gestatten.

Sie werden gleich zu rund 3.000 Kammerangehörigen sprechen.

Wir üben die unterschiedlichsten Berufe aus. Die Mitglieder der 12 hier vertretenen Kammern in Rheinland-Pfalz sind zu Recht stolz auf ihren jeweiligen Berufsstand und hoffentlich auch auf ihre Kammer – dafür spricht, dass heute so viele Menschen hier sind.

Auf der einen Seite stehen wir im täglichen Wettbewerb im Markt. Auf der anderen Seite gehört es zu unseren Berufsgrundsätzen, dass wir miteinander redlich, höflich und respektvoll umgehen. Jeder von uns weiß, dass wir alle im gleichen Boot sitzen. Unsere Mitarbeiter, unsere Familien und wir selbst leben von dem öffentlichen Vertrauen und dem öffentlichen Ansehen unseres jeweiligen Berufsstandes. Insoweit ist der faire Umgang miteinander zugleich gemeinsamer wie auch Selbstzweck.

Wenn wir das politische Geschäft beobachten, haben wir hingegen immer wieder den Eindruck, dass das Hauen und Stechen zum Geschäftsmodell gehört. Daher will ich es mir hier erlauben, nicht speziell Sie, Herr Steinbrück, sondern alle Politiker daran zu erinnern: Gehen auch Sie mit Ihren Wettbewerbern redlich, höflich und respektvoll um. Davon wird Ihr Berufsstand und davon werden wir alle profitieren.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.